

## Gemeinderatssitzung 29.02.2024

Franz Hopfgartner

### Frage:

Parteienförderungen: Am 05.12.2023 hat eine Sitzung des Prüfungsausschusses stattgefunden. Über diese Sitzung wurde ein Protokoll verfasst, welches einstimmig genehmigt worden ist. Ich zitiere einen allgemeinen Protokolltext: Bezüglich der Belege soll an das Land eine Anfrage gestellt werden, ob die Übernahme von Konsumationen politischer Parteien zulässig ist? Am 09.01.2024 erfolgte die Anfrage an die Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung - der zuständigen Aufsichtsbehörde. Am 17.01.2024 erhielt die Marktgemeinde Stainz ein Schreiben der Abteilung 7 mit dem Hinweis, dass die Anfrage an die Abteilung 4 (Finanzen) weitergeleitet wird. Am 29.01.2024 erging an die Marktgemeinde Stainz die Stellungnahme der Abteilung 4 via E-Mail. Diese Stellungnahme beinhaltet nach Darlegung einiger rechtlicher Aspekte die Conclusio, dass der ÖVP-Seniorenbund als politische Partei anzusehen ist, eine Förderung durch das Land oder die Gemeinde unzulässig ist. Ich halte ausdrücklich fest, dass in dieser Stellungnahme keine Strafandrohung und dergleichen enthalten ist. Es ist keine Rede davon, dass eine Strafzahlung in Höhe von € 15.000,00 zu leisten wäre. Wie kommt man dazu, dass Mitglieder des Seniorenbundes diesbezüglich falsch informiert und die Mitglieder des Prüfungsausschusses verunglimpft werden? Ich erwarte mir eine entsprechende Richtigstellung und die Zurücknahme der falschen Behauptungen!

### Antwort:

Parteienförderungen: Es wurde im Prüfungsausschuss einstimmig beschlossen, dass eine Auskunft eingeholt wird. Auf diese Anfrage wurde seitens des Landes Stellung bezogen. Der ÖVP-Seniorenbund und auch der SPÖ-Pensionistenverband sind als politische Parteien anzusehen und eine über die nach dem Steiermärkischen Parteienförderungs-Verfassungsgesetz (StPFöLVG) geregelte Förderungen hinausgehende Förderung einer solchen Organisation durch das Land und/oder die Gemeinden ist unzulässig. Die Strafandrohung in diesem Schreiben des Landes muss höchstwahrscheinlich keiner zahlen. Hopfgartner und Begander haben beide die Stellungnahme des Landes gelesen. Ich habe den Amtsleiter angewiesen, das Schreiben nicht weiterzureichen, da Falschinformationen die Runde gemacht haben.